

Souveränität im Sog der Kollektive

Um den Wandel zu bewältigen, in dem die Welt sich befindet, ist ein umfassendes Zusammenspiel erforderlich, das dezentral und marktwirtschaftlich konzipiert ist. Internationale Harmonisierung ist der falsche Weg. **MICHAEL VON LICHTENSTEIN**

Karl Marx entwickelte, in Anbetracht der Industrialisierung zur Mitte des 19. Jahrhunderts, die Theorie zur Verelendung der arbeitenden Klasse. Darin bezeichnete er die kapitalistisch geprägte Produktionsweise als Ursache, dass eine breite Gesellschaftsschicht ausgebeutet und in die Armut getrieben wird und dass der einer Marktwirtschaft zugrundeliegende Leistungsgedanke lediglich eine kleine Gruppe von Besitzenden und Unternehmern begünstigt. Der Verlauf der Zeit zeigt aber, dass diese Theorie nicht zutrifft. Das Gegenteilige war der Fall.

Es kristallisierte sich heraus, dass dort, wo marktwirtschaftliche Prinzipien und Wettbewerb gelebt wurden, innovative Ideen entstehen konnten, die wiederum zu Produktionssteigerungen, Beschäftigung und Wertschöpfung führten. Dadurch konnte ein Wohlstand generiert werden, mit dem der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten schrittweise angehoben wurde. Zudem verhinderten gezielte ordnungspolitische Massnahmen eine Konzentration von Monopolen, wie etwa die um die vordere Jahrhundertwende in den USA erlassenen Anti-Trust-Gesetze. Wo eine Verelendung der Massen tatsächlich eintraf, war in jenen Ländern, die dem kommunistischen Ideal einer zentral gesteuerten Wirtschaft nacheiferten, etwa in der ehemaligen Sowjetunion, später in der Deutschen Demokratischen Republik. Heute zeigt sich dies in Venezuela.

Abkehr von alten Werten

Interessanterweise nähert man sich wieder vermehrt Marx' Theorie an, in deren Sinne alles, was mit Kapital und Vermögen zu tun hat, als schädlich für eine Gesellschaft angesehen wird und die Schuld an den Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in dieser Welt trägt, und wo Privateigentum zugunsten des Kollektivs aufgeteilt und die Gesellschaft an sich möglichst gleich werden soll. «Die Reichen werden auf Kosten der Armen reicher» dient schon seit Längerem als Parole entlang aller politischen Couleure, um breite Bevölkerungsschichten für ideologische oder politische Zwecke zu gewinnen.

Politische Akteure führender Staaten streben immer offensichtlicher in Richtung einer globalen Koordination planwirtschaftlicher Ansätze. Die Bevölkerung lässt sie gewähren. Planwirtschaftliche Ansätze sind wieder en vogue, weil sich damit vermeintlich Ungleichheit und Ungerechtigkeit ausmerzen lassen. Das politische Ansinnen hinter dieser Tendenz ist nachvollziehbar. Zentralistisch geprägte Strukturen stellen ein praktikables

Instrument für die grossen, einflussreichen Länder dar, um die Welt nach ihren Vorstellungen zu formen und dadurch die eigene Position zu privilegieren.

Augenfällig für diesen Trend ist etwa der «neue» Washington-Konsensus, den Jake Sullivan – Berater für nationale Sicherheit des US-Präsidenten Joe Biden – im April verkündete und Amerika damit offiziell von Marktwirtschaft, Freihandel und Globalisierung verabschiedete. Abschottung und Staatsinterventionen im grossen Stil sollen zu neuer Stärke verhelfen. Den alten Washington-Konsensus, mit dem Ende der Achtzigerjahre zielführende marktwirtschaftliche Reformen (Deregulierung, Freihandel, liberale Wirtschaftsordnung, Eigentumsrechte etc.) zur Entwicklung Lateinamerikas beschrieben wurden und die in weiterer Folge weltweiten Anklang fanden, bezeichnete Sullivan als nicht mehr zeitgemäss.

Supranationale Organisationen und Bündnisse (etwa die OECD und G-20) spielen eine wichtige Rolle auf diesem Weg. Sie sind zwar weder demokratisch legitimiert, noch haben sie eine Rechenschaftspflicht für ihr Tun, doch ihr Einfluss ist weitreichend. Auf dieser Ebene fassen Staats- und Regierungschefs grosser Länder Beschlüsse, die in der Folge über die Hoheitsrechte von Nationalstaaten hinweg in global verbindliche Standards und Richtlinien umgewandelt werden. Das globale Kollektiv wird höher gewichtet als die nationale Souveränität.

Die ursprüngliche Idee, die den meisten supranationalen Organisationen und Bündnissen zugrunde liegt, wird hier missbraucht: Sorge zu tragen, dass Völker- und Menschenrechte geachtet werden und dass Wirtschaftswachstum ermöglicht und gesellschaftlicher Wohlstand gefördert wird. Stattdessen werden sie verwendet, um die Freiheit der Bürger und den Wettbewerb einzuschränken, zugunsten einer zentral geplanten Wirtschaft und Gesellschaft.

Die heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind nicht mehr mit jenen zu Zeiten von Marx vergleichbar – auch wenn die im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung und Technologisierung geäußerten Ängste über mögliche negative Effekte auf Arbeitsplätze dazu verleiten, diesen Eindruck wiederzuerlangen. Auch die Sichtweise auf Kapitalismus, wie Marx sie einst als Ausgangslage für seine These genutzt hatte, ist – und war es ehrlicherweise auch nie – nicht haltbar. Jedoch hat sich dadurch über viele Generationen hinweg das Bild des «gierigen, selbstsüchtigen Kapitalisten» gefestigt, der Menschen und Ressourcen ausbeutet. Vermögend sein wird heute gerne mit Unmoral gleichge-

setzt. Diese Denkhaltung ist tief in Gesellschaften verwurzelt. Die Werbeindustrie trägt dazu bei, indem sie Reichtum gleichsetzt mit einem erfolgreichen Leben.

Die heutige Weltwirtschaft ist stark vernetzt und baut auf offenen Märkten und freiem Handel. Dies erlaubt nicht bloss Innovation und Unternehmertum, sondern fordert selbiges auch ein, wovon schliesslich alle profitieren. Die Gewährleistung von Eigentumsrechten und Rechtsstaatlichkeit bilden dabei zentrale Eckpfeiler, damit Innovation und Unternehmertum gelebt werden können. Gleichzeitig muss es den einzelnen Staaten möglich sein, weiterhin im freien Wettbewerb zueinanderzustehen. Im Sinne eines ordnungspolitischen Korrektivs passen Länder ihre Wirtschaftsordnung natürlicherweise an sich verändernde wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen an.

Ein Wettbewerb zwischen Staaten zwingt zu erfolgreichen Systemen. Zentralismus und Planwirtschaft wirken bereits sehr negativ auf nationaler Ebene. Ein Effekt, der sich durch zwischenstaatlichen Wettbewerb mindern lässt. Eine globale Planung hingegen kann hier nur hinderlich sein. Die grossen Herausforderungen unserer Zeit (Umwelt, Migration etc.) lassen sich nicht durch Zentralismus, Abschottung oder Harmonisierung lösen. Der damit voranschreitende, zentralistisch geprägte Staatskapitalismus würde sich zur Gefahr für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt entwickeln sowie eine nachhaltig friedvolle Zusammenarbeit gefährden.

Augenmass bewahren

Die Welt durchläuft einen starken Wandel, und die Herausforderungen sind immens. Es ist verständlich, dass Regierungen in einer solchen Zeit vermehrt auf das eigene (staatliche) Wohlergehen bedacht sind. Doch was es in dieser Zeit braucht, ist ein global funktionierendes Zusammenspiel, das auf einer marktwirtschaftlichen Grundhaltung und auf dezentralen Strukturen aufbaut. Auch gilt es, alles, was den bisherigen Wohlstand und die gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht hat, zu würdigen anstatt es zu verteufeln.

Die Schweiz und Liechtenstein, beide stark im grenzüberschreitenden Geschäft tätig, werden über diese Ansinnen in Richtung Harmonisierung und zentraler Steuerung durch die internationale Vernetzung in ihrer Souveränität eingeschränkt. In der Umsetzung jedoch besteht die Möglichkeit, mit Augenmass und Verhältnismässigkeit zu agieren und die Anforderungen grössenverträglich anzuwenden – bei gleichzeitiger Einhaltung europäischer und internationaler Bestimmungen.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Executive Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablissement, Gründer und Vorsitzender der Geopolitical Intelligence Services AG und Präsident des Thinktanks European Center of Austrian Economics Foundation.

Ein Ausreisser

Ich lege sonst jeweils langfristig an und nehme einen Titel sehr selten schon nach drei Monaten aus dem Portfolio. Doch da ich an dieser Stelle jeweils nur fünf Aktien als meine Favoriten nenne und sie per se eine gewisse Berechenbarkeit haben sollten, nehme ich die Ausreisser Stadler Rail (-14%) bereits aus der Auswahl.

Ich ersetze sie durch Swatch Group, die zwar im Moment auch noch nicht aus ihrem Abwärtstrend ausgebrochen sind, doch das Geschäft des Konzerns ist deutlich berechenbarer, und die Bewertung der Valoren kommt ganz einfach einer Kaufaufforderung gleich. Insgesamt ist der FuW Swiss 50 Index in den letzten drei Monaten 1,4% gestiegen. Den Index hinter sich gelassen haben Zurich Insurance (+7%), die ich weiterhin halte, sowie endlich auch die Aktien Sika (+4%), die langsam wieder in Schwung kommen. Der Rebound der Baubranche könnte bereits begonnen haben, was den Aktien auch über die Jahresend rally hinaus guttun dürfte.

Die Papiere des Umformerspezialisten und Werkzeughändlers SFS hinken dem Markt zwar leicht hinterher (-2%), doch für mich sind sie eine der heissesten Wetten für 2024.

Auch einige in der Regel treffsichere Analysten trauen ihnen einiges zu. Ich bleibe den Valoren treu.

Zu guter Letzt bleiben die Dauerbrenner Alphabet, die sich dieses Mal kaum bewegt haben. In all ihren Gebieten ist die Google-Mutter ganz vorne dabei. Von künstlicher Intelligenz bis hin zur Onlinewerbung ist sie ein Trendsetter. Das wird sich auch nicht so bald ändern. Deshalb kommt meines Erachtens kein Portfolio ohne die Titel aus.



JAN SCHWALBE
Chefredaktor
zum Thema
Aktienfavoriten

Die dreizehnte AHV-Rente gemahnt an die Unglückszahl Dreizehn

Die erste Säule der Altersvorsorge würde mit jährlichen Mehrkosten von 5 Mrd. Fr. belastet, wenn im März die Initiative der Linken Erfolg hätte. **WERNER C. HUG**

Am Freitag, 13. Oktober 1929, hat der grösste Börsencrash in New York die Welt erschüttert. Sollte die Initiative «Für ein besseres Leben im Alter» der SP und der Gewerkschaften am 3. März 2024, also die Forderung nach einer dreizehnten AHV-Rente für alle Rentenbezüger, vom Volk angenommen werden, würde dies die Grundfesten unserer Altersvorsorge erschüttern. Zusätzlich zu den steigenden Kosten der 1960er Jahrgänge würde die AHV mit weiteren rund 5 Mrd. Fr. pro Jahr belastet und in die Katastrophe geführt.

Seit den Berichten zum Thema Entwicklung der drei Säulen (IdAFiSo) unter der Ägide von Bundesrätin Ruth Dreifuss, seit Ende der Neunzigerjahre, ist allen klar, dass die Sozialversicherungen, besonders die Finanzierung der AHV, vor immensen Herausforderungen stehen. Die Schätzungen des Finanzbedarfs Anfang des Jahrtausends ergaben schon damals, dass ab 2011 die AHV 0,5 und ab 2015 ein weiteres Mehrwertsteuerprozent benötigt.

Höhere Lohnkosten

Diese Prognose bis 2025 hat die Politik in den vergangenen zwanzig Jahren, also innerhalb von fünf Legislaturen, nicht ernst genommen. Zwar fließt seit 1999 vorerst nur ein Teil, später ein ganzes Prozent der Mehrwertsteuer in die AHV, doch das ist in den damaligen Schätzungen per 2025 bereits eingepreist.

Seither ist nichts mehr geschehen, hat doch auch der Souverän nicht mitgespielt.

Erst 2020 im Rahmen des Steuerdeals Staf ist der AHV-Beitrag 0,3% erhöht worden. Zusätzlich werden ab 2024 mit AHV21 weitere 0,4 Mehrwertsteuerprozente an die AHV abgeliefert. Doch das reicht eben nicht. Die Politik spielt Roulette und hofft auf Einnahmen, die aber nicht zu erwarten sind. Denn eines ist klar: Gemäss jüngsten Berechnungen des Bundesamts

«Die Politik in Bern spielt Roulette und hofft auf Einnahmen, die aber nicht zu erwarten sind.»

für Sozialversicherungen (BVS) benötigt die AHV spätestens nach den Jahren 2030 weitere 0,9 zusätzliche Mehrwertsteuerprozente. Gouverner c'est prévoir. Diesen Grundsatz kennen SP und Gewerkschaften offenbar nicht. Im Gegenteil: Die AHV soll es sich leisten, zusätzliche 5 Mrd. Fr. pro Jahr für eine dreizehnte Rente auszugeben. Damit kämen mindestens 1,1 zusätzliche Mehrwertsteuerprozente hinzu, oder die AHV-Beiträge müssten um 0,8 Prozentpunkte erhöht werden.

Woher sollen diese zusätzlichen Milliarden kommen? Selbstverständlich nicht über die Mehrwertsteuer, denn damit würden die kleinen Einkommen belastet. So argumentieren SP und Gewerkschaften häufig. Schon eher über zusätzliche AHV-

Beiträge, werden damit doch die höheren Einkommen stärker zur Kasse gebeten, womit die Umverteilung innerhalb der AHV verstärkt wird. Schon heute finanzieren 92% der Rentenbezüger ihre AHV nicht mit ihren eigenen Beiträgen. Diese stammen vielmehr von den höheren Lohnneinkommen und den Steuern.

Ob die exportorientierte Wirtschaft höhere Lohnkosten verkraften kann, ist für die Linke eine Nebensache. Die Arbeitgeber haben Arbeitsplätze und Löhne zu sichern, alles andere kümmert die Gewerkschaften nicht. Auch mit einer neuen eigenössischen Erbschaftsteuer könnte man die Vermögenden zur Finanzierung der AHV herbeiziehen, geistert eine neue Idee herum, Geld gebe es ja zuhauf, man müsste es bloss dort nehmen, wo es sei.

Selbst wenn dieses «Geschenk» an die Pensionierten aus Mitteln der «Reichen», finanziert werden könnte, stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es überhaupt vernünftig ist, alle über 65-Jährigen mit zusätzlichen Leistungen zu beglücken. «Die Reichen brauchen die AHV nicht, aber die AHV braucht sie», sagte einmal Bundesrat Hans-Peter Tschudi (SP; im Amt 1959 bis 1973).

Mit der Initiative erhielten auch sie eine dreizehnte AHV-Rente. Gemäss Initiativtext würde die Maximalrente von heute um 2450 auf 31 850 Fr., die Minimalrente von 1225 auf 15 925 Fr. und für Ehepaare um 3675 auf 47 775 Fr. steigen. Den von der Linken geächteten Ergänzungsleistungen (EL) wird in der Initiative im-

merhin grössere Bedeutung zugemessen, sollen sie doch für Inländer nicht beeinträchtigt werden.

Trotzdem stellt sich die Frage: Ist damit den kleinen Einkommen gedient? Ja, aber das Geld fließt aus der Giesskanne doppelt in die hohen Renten, nur halb so stark ins Portemonnaie der niedrigsten Renten. Haben die Initianten auch daran gedacht, dass sich besonders die ehemaligen ausländischen Arbeitnehmer, die nach ihrer Pensionierung in ihr Ursprungsland zurückgekehrt sind, ins Fäustchen lachen? Dreizehn Mal eine in Franken ausgezahlte AHV zusätzlich zu erhalten, ist im Euroraum nicht zu verachten. Über 800 000 ausländische Rentenbezüger (46%) beziehen heute die AHV-Rente in ihrem Herkunftsland.

«Die Reichen brauchen die AHV nicht, aber die AHV braucht sie», sagte Bundesrat Hans-Peter Tschudi.»

Sollen mit einer dreizehnten AHV-Rente die kleinen Einkommen primär im Ausland erhöht werden? Bis anhin verteidigte die Linke das Umlageverfahren in der AHV mit dem Argument, dass die Konsumausgaben der Rentner im Inland über den volkswirtschaftlichen Kreislauf wiederum den Aktien zugutekommen. Gilt das nicht mehr?

Heute beziehen 73% der AHV-Rentenbezüger eine Rente, die über 1900 Fr. liegt, 85% eine solche, die über 1600 Fr. beträgt. Die Minderheit bezieht somit eine kleine Rente, und diese fließt zum grössten Teil ins Ausland ab. Wäre es nicht effizienter, gezielter über EL den Rentenempfängern mit kleinem Einkommen im Inland zu helfen?

Fakten statt Fake News

Noch am selben Tag, als die Daten zur Neurentenstatistik 2022 der beruflichen Vorsorge veröffentlicht wurden, verkündete der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB: «Die Pensionskassenrenten der Männer befinden sich auf einem historischen Tiefpunkt. Seit 2015 haben sie um 9,5% abgenommen.» Damit ist für den SGB klar, dass diese Renten nicht ausreichen, nagt doch auch die Teuerung an den niedrigen Auszahlungen. «Dieser Rentenzerfall kann nur über die Annahme der Volksinitiative für eine dreizehnte AHV-Rente ausgeglichen werden.»

In der Demokratie ist es legitim, seine Interessen zu vertreten, selbst wenn sie ausufernd sind, doch gehört zur Auseinandersetzung, dass Fakten Fakten bleiben und keine Fake News verbreitet werden. In einer Debatte über Fakten sollte nicht mit gezinkten Karten gespielt werden.

Werner C. Hug ist freier Bundeshausjournalist und spezialisiert auf Fragen der sozialen Sicherheit.